

Energieszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1992)**

Heft 2

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Immer mehr ausländischer Strom aus der Steckdose

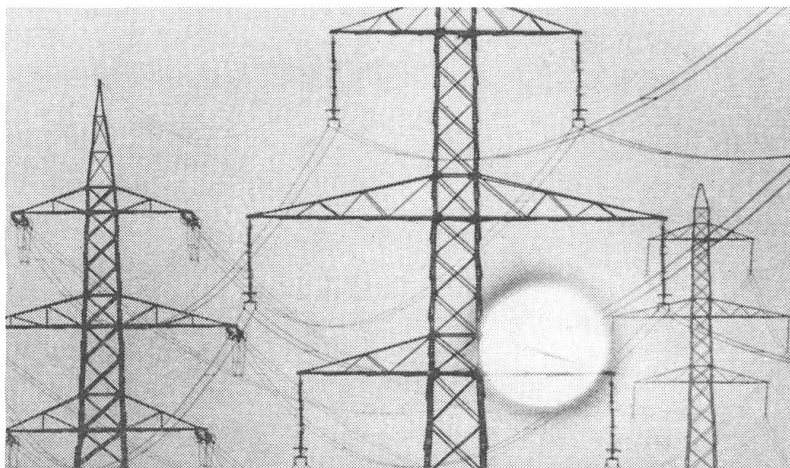
Die Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK), Stromversorgerin von neun Kantonen oder 30 Prozent der Bevölkerung, haben im letzten Geschäftsjahr erstmals auch im Sommer einen Importüberschuss bei der elektrischen Energie verzeichnet. Weil im Inland der Aus- und Neubau von Kraftwerken faktisch zum Erliegen gekommen ist, wollen sich die NOK jetzt auch in Osteuropa mit Bezugsrechten eindecken, wie sie es bis anhin fast ausschliesslich bei den französischen Atommeilern getan haben. Wegen stark gestiegener Kosten planen die NOK auf den Herbst 1993 erstmals nach 1987 wieder eine Tarifierhöhung, sofern der Preisüberwacher zustimmt.

Nur mehr "knapp zufriedenstellend" lautet das Prädikat für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr, das NOK-Direktionspräsident Franz Josef Harder wie jedes Jahr an der Bilanzpressekonferenz austeilte. Zwar erhöhte sich der Gesamtertrag um 6,2 Prozent auf 1,52 Milliarden Franken. Auch die Erlöse aus der Abgabe für Energie im Versorgungsgebiet, das sich von den Toren Basels bis ins Fürstentum Liechtenstein erstreckt, stiegen um 2,8 Prozent auf 1,12 Milliarden Franken. Doch weil auf der andren Seite die Kosten schneller emporschnellen, gingen Reingewinn und Cash-flow des grössten schweizerischen Stromproduzenten gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück.

Im Herbst 1993 ist erstmals seit 1987 wieder eine Tarifierhöhung fällig. Die Höhe steht noch nicht fest und muss zudem vom Preisüberwacher Odilo Guntern abgesegnet werden. Trotz allen Sparapellen verbraucht die Kundschaft munter mehr Strom, als die NOK produzieren kann. 12,6 Milliarden Kilowattstunden zapften im Geschäftsjahr 90/91 die Konsumentinnen und Konsumenten aus der Steckdose, 3,2 Prozent mehr als in der vorausgegangenen Periode. Als "erstaunlich hoch" bezeichnete Direktor Heinz Baumberger diesen Zuwachs, der zwar im langjährigen Mittel liegt, dennoch zum Ausdruck bringt, dass sich die Schweiz beim Stromverbrauch "entgegen der landläufigen

Meinung in einer Phase hohen Wachstums" befindet. Schuld daran sei nicht nur der kühle Winter 90/91, sondern vor allem die voranschreitende Elektrifizierung der Industrie, den Büros und Haushalten, sagte Baumberger. Der ungebrochen steigende Bedarf an elektrischem Strom zwingt die NOK, nach neuen Quellen Ausschau zu halten. Mit den erneuerbaren Quellen Wind und Sonne experimentieren die NOK zwar fleissig, die Erfahrungen blieben aber bisher enttäuschend. Im Inland, so klagen die NOK-Manager, sei es heute faktisch unmöglich, neue Kraftwerke zu bauen oder bestehende zu erweitern.

TA 10.3.92



NOK importiert jetzt ganzjährig französischen Atomstrom

Wer verdient im Stromhandel?

Seit Jahren ist die sogenannte "Stromveredelung" ein Dauerthema der schweizerischen Energie und Umweltpolitik. Mit billigem Atomstrom aus Frankreich wird bei geringem Verbrauch (zum Beispiel nachts) Strom zum Wasserpumpen in höher gelegene Speicherseen eingekauft, damit er mit entsprechendem Aufpreis bei Bedarfsspitzen (zum

Beispiel mittags) wieder in elektrische Energie umgewandelt werden kann. Die jährlichen Gewinne aus dem Stromhandel liegen zwischen 400 und 650 Millionen Franken, die allerdings vornehmlich auf private Konten fliessen, obwohl die Elektrizitätswirtschaft zu drei Vierteln den Kantonen und Gemeinden gehört. 80 Prozent der Gewinne aus dem Stromhandel werden nach Angaben des Komitees "Mühleberg stilllegen" zwischen zwei Firmen aufgeteilt: nämlich der Atel, eine Mo-

tor-Columbus-Tochter (45 Prozent), die ihrerseits zu knapp 42 Prozent der Schweizerischen Bankgesellschaft gehört, und der Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg AG EGL, die zu 61 Prozent der Elektrowatt gehört, an der die Schweizerische Kreditanstalt massgeblich beteiligt ist.

ZeitPunkt 2/92

Curciusa: Teilerfolg

Verschiedene Umweltorganisationen haben gegen die Son-

dierarbeiten der Misoxer Kraftwerke für das geplante Pumpspeicherwerk im Val Curciusa Verwaltungsbeschwerden eingereicht. Das Bundesgericht hat nun die Beschwerden teilweise gutgeheissen.

Bund 28. 2. 92

Opposition gegen Stauseekette

Zwischen Sennwald und Trübbach wollen die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) und die Nordostschweizer Kraftwerke (NOK) fünf Laufkraftwerke in den Rhein setzen. Der Widerstand ist formiert. Der Umweltverträglichkeitsbericht des Kraftwerkkonsortiums zum geplanten Mammutprojekt liegt nun vor. Die wahrscheinlich brisanteste Frage dreht sich um die Auswirkungen der Kraftwerke auf das Grundwasser (Senkung des Spiegels). Bedroht wären auch Vogelarten und Fische sowie wertvolle Magerwiesen.

WW 27.2.92/TA 28.2.92

Stromkonsum gestiegen

Der Stromverbrauch hat 1991 in der Schweiz um rund eine Milliarde Kilowattstunden zugenommen. Die Kraftwerke steigerten ihre Produktion um 3,3 Prozent.

SDA 19.2.92

Höherer Strompreis für ZürcherInnen

Die privaten Haushalte in der Stadt Zürich sollen schon auf den 1. Oktober 1992 höhere Tarife für ihren Strom bezahlen. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat eine entsprechende Änderung der Haushalttarife beantragt. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich EWZ hatte eine solche Tarifierhöhung als eine der möglichen Massnahmen im Rahmen des kommenden Sparpakets vorgeschlagen. Der Stadtrat ist dieser Anregung, wohl im Hinblick auf die leeren Stadtkassen, überraschend schnell gefolgt.

Die Tarifierhöhung bedeutet für die Haushalte eine durchschnittliche Strompreiserhöhung von 10 Prozent, was für einen durchschnittlichen Haushalt Mehrausgaben von etwa 36 Franken pro Jahr bedeutet. Im Durchschnitt macht die Erhö-

hung 1,4 Rappen pro Kilowattstunde aus. Die Vorlage bringt dem EWZ einen Mehrertrag von rund 6,7 Millionen Franken pro Jahr. Der heutige Zürcher Haushalttarif ist laut EWZ nicht mehr kostendeckend und gehört zudem zu den billigsten Tarifen in der Schweiz.

TA 27. 2. 92

Energiesparen in Zürich

Der Stadtrat von Zürich will mit dem bisherigen Stromverbrauch auch im Jahre 2000 noch eine sichere Stromversorgung garantieren und den Verbrauch von fossiler Energie senken. Dazu wird die Gasversorgung und die Fernwärme weiter ausgebaut. Allen, die sich beim Anschluss an die Fernwärmeversorgung durch einen anerkannten Fachmann beraten lassen, offeriert die Stadt einen Rabatt von zwei Prozent an die Anschlussgebühr.

DAZ 14. 4. 92

Erdgasverbrauch kräftig gestiegen

Mit einer Zunahme von 13 Prozent ist der Erdgasverbrauch in der Schweiz 1991 weiter gestiegen. Der Anteil von Erdgas am gesamten Energieverbrauch erhöhte sich zwar um 0,3 Prozent auf 10 Prozent, hinke aber noch deutlich hinter dem EG-Durchschnitt von über 18 Prozent her, meint die Schweizerische Erdgasindustrie. Der Trend zur Substitution von Heizöl durch Erdgas habe sich fortgesetzt. Das gesamte Erdgasaufkommen belief sich auf 23,7 Milliarden Kilowattstunden (1990: 21,2 Milliarden Kilowattstunden).

Vom geplanten Ausbau der europäischen Gas-Transitpipelines soll auch die Schweiz massgeblich profitieren. Das schweizerische Teilstück soll bis 1997 ausgebaut sein.

TA, 10.4.92

Höherer Ölverbrauch

Der Verbrauch von Mineralölprodukten in der Schweiz ist 1991 deutlich gestiegen. Die Zuwachsrate von sieben Prozent ist vorwiegend auf die Witterungsverhältnisse zurückzuführen, wie die Erdölvereinigung mitteilte. Dies deutet auf einen markanten Anstieg des

schweizerischen Gesamtenergieverbrauchs hin. Im Grosshandel wurden rund 12 Millionen Tonnen Mineralölprodukte abgesetzt, 1,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Die Verkäufe von Benzin stiegen um 4,2 Prozent; dieses Wachstum liegt deutlich über dem Mittel der vergangenen Jahre. Dieselöl legte nur um 1,5 Prozent zu und der Absatz von Flugbenzin reduzierte sich um 3,1 Prozent, was von der Erdölvereinigung mit dem Golfkrieg und mit dem wirtschaftlichen Abschwung erklärt wird.

Der Heizölabsatz nahm trotz der kühleren Witterung im Vorjahresvergleich nur um 0,7 Prozent zu.

NZZ 6.2.92

Vorarlberg gegen AKW Beznau

Der Umweltausschuss im Vorarlberger Landtag hat beim schweizerischen Bundesamt für Energiewirtschaft Einsprache gegen die Erteilung der definitiven und unbefristeten Betriebsbewilligung für den Block II des AKW Beznau erhoben.

AP/TA 24.4.92

Probleme bei ökologischen Heimgeräten

Ein Jahr nachdem sich im Fachverband Elektroapparate für Haushalt und Gewerbe (FEA) zusammengeschlossenen Produzenten, Importeur und Anbieter von Haushaltsgeräten auf der Basis einer Öko-Charta auf ein gemeinsames branchenweites Engagement in Umweltfragen verpflichtet hatten, orientierten sowohl der Verband als auch der ihm zur Seite gestellte unabhängige vierköpfige Öko-Beirat über das bisher Erreichte und Unerreichte. Um die Kräfte nicht wirkungslos zu verzetteln, wurden vom Öko-Beirat für das erste Jahr eine verbesserte Gerätedeklaration, eine Energieverbrauchsreduktion der Geräte von 10 Prozent in fünf Jahren sowie die Frage nach der Rückgewinnung und Substitution von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) als Hauptstossrichtungen festgelegt. Die vor einem Jahr in Aussicht gestellte Erarbeitung von Kriterien für eine mögliche Zulassungsbeschränkung von Geräten, welche die geforderten Standards nicht erreichen,

hat sich gemäss dem Öko-Beirat als verfrüht erwiesen. Die Konkretisierung der ökologischen Vorstellungen habe sich schwieriger als erwartet herausgestellt und sich - etwa in der rage nach dem niedrigeren Energieverbrauch - teilweise erst nach zähem Ringen mit dem Verband in verbindliche Forderungen umformulieren lassen.

NZZ 3.4.92

Energie-Lenkungsabgabe: FDP lenkt ein

Die Energie als Quelle aller Umweltbelastung soll besteuert werden, ohne die Staatseinnahmen zu erhöhen. Für dieses marktwirtschaftliche Umweltschutz-Modell zeichnet sich eine politische Mehrheit ab, nachdem auch der Freisinn seinen Widerstand gegen eine Lenkungsabgabe auf der Energie aufgegeben hat. Als Zielsetzung verlangt die FDP die "schrittweise Verteuerung der nicht erneuerbaren Energie, um einen effizienteren, haushälterischen Einsatz herbeizuführen und die direkten und indirekten

schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt zu verringern".

DAZ 16. 4. 92

Strassenverkehr ohne CO₂-Abgabe

Benzin und Diesel sollen von der geplanten CO₂-Abgabe befreit werden. Das schlägt das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft BUWAL vor. Damit versucht das Departement Cotti, die Opposition der Autoverbände gegen eine umweltpolitische Lenkungsabgabe zu brechen, die weltweit als Mittel gegen die drohende Klimakatastrophe diskutiert wird. Die CO₂-Abgabe würde demnach nur die fossilen Brennstoffe erfassen. Da die Landesregierung zur Sanierung der Bundesfinanzen den Zoll auf Benzin und Diesel ab nächstem Jahr um 25 Rappen pro Liter erhöhen will, sei die Lenkungsabgabe bei den Treibstoffen ebenfalls garantiert, betonen die BUWAL-Experten.

TA 23. 4. 92

TA Tages-Anzeiger, DAZ Die ?-Zeitung, WW Weltwoche, HZ Handelszeitung

Energiegesetze als Triebfeder

Noch vor ein paar Jahren galten die kantonalen Energiegesetze als Todesurteil für die schweizerische Klimabranche. Heute sind sie Triebfeder für neuartige Entwicklungen. Eine davon ist die Kühldecke. Sie ersetzt herkömmliche Klimaanlage, verbraucht weniger Energie, bietet höhere Behaglichkeit, braucht weniger Platz und senkt die Betriebskosten.

Klimaanlagen gelten als Energieverschwender. Laut Energiegesetz müssen Betreiber von Klimaanlagen ab 10 Kilowatt Anschlussleistung (in einigen Kantonen erst ab 50 Kilowatt) den Nachweis erbringen, dass sie auf Raumkühlung nicht verzichten können. Viele Neustallationen fielen dieser Vorschrift zum Opfer.

In den letzten fünf Jahren erlebte die Klimatechnik allerdings einen stürmischen Wandel. Neue Erkenntnisse über Mindestluftmengen und Luftbewegungen in Räumen führten zu einer Revision von einschlägigen Normen und Berechnungsgrundlagen. Wichtigste Erkenntnis war, dass nicht nur die mittlere Geschwindigkeit das Zugempfinden eines Menschen bestimmt, sondern auch der

Turbulenzgrad der Strömung. Die einfachste Art, auf hohe Luftausblasgeschwindigkeiten und damit auf die energieaufwendige Umwälzung von immensen Luftmengen zu verzichten, ist die wiederentdeckte Kühldecke. Die Kühlung des Raums erfolgt dabei über grossflächige Wärmetauscher in der Decke. Zuluftauslässe am Boden sorgen für einen sogenannten Frischluftsee. Wärmequelle wie Menschen und Maschinen erwärmen diese Luft auf natürliche Weise und lassen sie zur Decke strömen, wo sie bei einer Oberflächentemperatur von etwa 17 Grad abgekühlt wird. So wird auf sanfte Weise die Raumluft konditioniert ohne dass Zugerscheinungen auftreten.

HZ 2.4.92